# Forderungspapier zum SDG-Summit

## SDG-Umsetzung braucht endlich neuen Schub und Verbindlichkeit

### Teilnahme von Kanzler Olaf Scholz beim SDG-Gipfel 2023 dringend notwendig

Die 2015 verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) war ein historischer Schritt der multilateralen Zusammenarbeit. Mit den SDGs soll die Weltgemeinschaft ein menschenwürdiges und umweltverträgliches Leben für alle ermöglichen.

Zur Halbzeit der Agenda 2030 muss aber die bittere Bilanz gezogen werden: Es ist immer unwahrscheinlicher, dass die SDGs erreicht werden. In Deutschland und weltweit geht die Umsetzung viel zu langsam voran. Auch wenn gerade im klimapolitischen Bereich im Moment viele Maßnahmen diskutiert und umgesetzt werden, gibt es bisher bei Gesetzesvorhaben keine kohärente Beachtung aller Nachhaltigkeitsdimensionen. Für eine wirkliche sozial-ökologische Transformation muss daher politisch noch viel passieren. Vor allem haben politische Entscheidungen, die in Deutschland und der EU getroffen werden, weiterhin massive negative sozioökonomische und ökologische Auswirkungen auf andere Gesellschaften und Regionen. In einer Rangliste des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) landet Deutschland beim Spill-Over Score, der die Auswirkungen von Politikentscheidungen auf andere Länder von positiv zu negativ misst, auf dem 149. Platz von 163!

Deutschland trägt Verantwortung dafür, auf internationaler Ebene gerechte Rahmenbedingungen zu schaffen und sich weltweit gegen Ungleichheiten und Armut einzusetzen. Gerade angesichts der weltweiten multiplen Krisen, darunter Kriege, steigende Armut und Ungleichheit sowie den noch immer existenten Folgen der Corona-Pandemie, brauchen wir die SDGs für die gerechtere Welt, die uns Staaten mit der Verabschiedung der Agenda 2030 versprochen haben. Um auf dem im September 2023 stattfindenden SDG-Gipfel neue Impulse zu setzen, müssen die Regierungen dringend neue Verbindlichkeiten für die SDGs zeigen.

### Es ist dringend notwendig, dass für Deutschland Kanzler Olaf Scholz sowie Minister*innen verschiedener Ressorts teilnehmen und verbindliche Ziele zur Umsetzung der SDGs in, durch und mit Deutschland benennen.

Wir fordern außerdem, dass sich die Bundesregierung auf dem Gipfel für folgende Themen einsetzt:

### Universale soziale Absicherung

- **Globale Lösungen gegen voranschreitende Armut und Hunger:** Der Kampf gegen Armut und Hunger sollte als zentrales Thema des SDG-Gipfels gesetzt werden.

- **Soziale Sicherungssysteme:** Einsatz auf UN-Ebene für den Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Kampf gegen extreme Armut, Hunger und mangelhafte Gesundheit, unter anderem für einen internationalen Fonds zum Auf- und Ausbau universaler Sozialversicherungssysteme und Gesundheitsversorgung. Zur Umsetzung in Deutschland braucht es unter anderem eine reale, nicht nur an die Inflation angepasste Erhöhung der Grundsicherung, in welche auch Asylbewerber*innen einbezogen werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Verteilungswirkung von Maßnahmen in anderen Nachhaltigkeitsbereichen berücksichtigt wird und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu braucht es gezielte Entlastungen und Unterstützung für Menschen mit niedrigem Einkommen.

## Politik für einen gesunden Planeten

- **Schutz der weltweiten Biodiversität:** Es braucht ein Vorantreiben von bisher im Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal fehlenden Aspekten, wie zum Beispiel wirksamen Kontroll- und Umsetzungsmechanismen, verbindlichen Regeln zu Sorgfaltspflichten und Haftung für den Wirtschafts- und Finanzsektor. Diese Prinzipien müssen auch in der nationalen Umsetzung der Beschlüsse verankert werden, was unter anderem die derzeit zu überarbeitende deutschen Biodiversitätsstrategie betrifft. Wichtig ist auch die zügige Ratifizierung des UN-Abkommens zum Schutz der Biodiversität in Meeresgebieten jenseits nationaler Rechtsprechung (BBNJ Agreement) sowie die Schaffung von institutionellen Strukturen und finanziellen Mitteln für dessen effektive Umsetzung auf allen Ebenen.
- **Ambitionierte Positionen gegen schädliche Chemikalien**: Im Rahmen der Präsidentschaft im Strategic Approach to International Chemicals Management (SAICM) sollte die Bundesregierung dazu beitragen, die chemische Belastung zum Schutz von Mensch und Umwelt zu vermeiden und die Verankerung konkreter, zeitlich gebundener Maßnahmen im Sinne der Agenda 2030 im SAICM-Beyond-2020 Prozess beschließen.
- **Starke Verhandlungsposition für ein verbindliches Plastikabkommen**: Im derzeit verhandelten internationalen Plastikabkommen müssen spezifische und rechtsverbindliche Bestimmungen und Verpflichtungen verankert werden, die den gesamten Lebenszyklus von Plastik abdecken und sowohl sozial gerecht als auch am Umwelt- und Gesundheitsschutz ausgerichtet sind. Durch eine strikte Regulierung der Chemie- und Plastikindustrie muss die Produktion von Kunststoffen und Produkten mit schädlichen Chemikalien drastisch reduziert und der Export von Plastikmüll und in Deutschland verbotenen, giftigen Pestiziden gestoppt werden.

## Umwelt- und menschenrechtsverträgliche Wirtschaftspolitik

- **Gerechte Alternativen zu umwelt- und klimaschädlichen Handelsabkommen:** Handelsabkommen wie das EU-MERCOSUR Abkommen dürfen nur ratifiziert werden, wenn sie in erster Linie Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Klimaschutz fördern. Außerdem muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU aus der Energiecharta aussteigt.
- **Regulierung des Rohstoffabbaus und Schaffung von Rohstoffsuffizienz:** Es braucht internationale verbindliche Richtlinien zu Menschenrechten, Umweltstandards und Korruptionsbekämpfung beim Abbau von Rohstoffen. In Deutschland muss der primäre Rohstoffverbrauch massiv gesenkt werden, wofür ein Ressourcenschutzgesetz mit nationalen, sektorspezifischen Ressourcenschutzzielen erforderlich ist.
- **Schneller Ausstieg aus fossilen Energieträgern und beschleunigter Umbau auf klimaneutrale Produktionsprozesse:** Die Bundesregierung sollte Partnerschaften mit Fokus auf Wissensaustausch und -weitergabe für Erneuerbare Energien und $CO_2$-arme

Produktionsweisen initiieren. In Deutschland müssen eine neue Energieeffizienzoffensive sowie verbesserte Rahmenbedingungen für die Umstellung auf $CO_2$-arme Produktion umgesetzt werden, wobei der Fokus auf der Reduktion von Energie- und Ressourceneinsatz in der Industrie liegen sollte. Politische Maßnahmen müssen gleichzeitig Anreize für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern setzen und den Ausbau von Alternativen vorantreiben.

- **Einpreisung negativer Spillover Effekte deutscher Politik:** Negative Auswirkungen deutscher Handelsweisen und Politik (z.B. im Agrar-, Verkehrs-, oder Energiesektor) müssen durch Nachhaltigkeitschecks identifiziert und eingepreist oder so umfangreich wie möglich verhindert werden.

## Eine gerechte Finanzarchitektur zur Verwirklichung der Agenda 2030

- **Verhandlung über eine neue multilaterale Finanzarchitektur bei den Vereinten Nationen:** Im Jahr 2025 muss eine vierte internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung einberufen werden. Zusätzlich müssen Verhandlungen über ein UN-Steuerabkommen zum Vorgehen gegen Steueroasen, Steuermissbrauch durch multinationale Konzerne und andere illegale Finanzströme aufgenommen werden. Auf europäischer und deutscher Ebene müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut sowie die Gestaltung von Haushaltsregeln flexibilisiert werden, um nötige Investitionsausgaben zu ermöglichen.
- **Lösungen für die Schuldenkrise:** Es braucht eine umfassende Befassung mit nicht tragfähigen und illegitimen Schulden inklusive umfassender Schuldenerlasse sowie die Schaffung eines kodifizierten internationalen Staateninsolvenzverfahrens unter dem Dach der UN. Diese Maßnahmen sollten von nationaler Gesetzgebung flankiert werden, um Klage- und Vollstreckungsmöglichkeiten privater Gläubiger einzuschränken.
- **Einhalten versprochener Ziele in der Entwicklungs-, Klima(schäden)-, und Biodiversitätsfinanzierung:** Das 0,7 %-Ziel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit muss in Form von tatsächlichen Mittelflüssen erfüllt und möglichst übererfüllt werden. Die Biodiversitäts-Finanzierungslücke von weltweit jährlich $700 Milliarden sollte geschlossen und das Versprechen von jährlich $100 Milliarden Klimafinanzierung eingehalten werden. Die Bundesregierung muss ihre Beiträge an die nationalen und globalen Bedarfe anpassen und außerdem für eine schnelle und kontinuierliche Befüllung des bei der COP27 beschlossenen Loss and Damage Funds auf dem SDG Summit und dem direkt danach folgenden Climate Ambition Summit sorgen.

## Unterstützung von Zivilgesellschaft und lokalen Initiativen

Bei der Umsetzung der Agenda 2030 spielen lokale Gemeinschaften, Initiativen und Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle. Daher müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die zivilgesellschaftlichen Gruppen das Engagement für die SDGs, Umwelt- und Klimaschutz sowie soziale Gerechtigkeit u.a. auf lokaler Ebene ermöglicht und erleichtert.

- **Längerfristige Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Projekte:** Langfristige Planungssicherheit und größtmögliche Ausgestaltungsräume für zivilgesellschaftliche Akteure im Globalen Süden müssen in und durch Förderprogramme gewährleistet werden. In Deutschland sollte global solidarische Partnerschaftsarbeit (finanziell) gestärkt werden.
- **Schutz zivilgesellschaftlicher Akteure weltweit:** In Regierungsverhandlungen muss entschlossener Einsatz für die Gewährleistung von Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Schutz von aufgrund ihres Aktivismus bedrohten Menschen weltweit gezeigt werden, um den wachsenden Einschränkungen von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen (z.B.

durch gezielte Regierungsmaßnahmen oder Drohungen/Gewalt) entgegenzuwirken. Die Bundesregierung muss sich verstärkt für die Freilassung von Menschenrechtsaktivist*innen einsetzen, die wegen ihrer Arbeit in Haft sind und sollte in Deutschland und global die effektive Teilhabe der Zivilgesellschaft (insbesondere von vulnerablen und benachteiligten Gruppen) an politischen Entscheidungen vorantreiben.

- **Den Kommunen politischen und finanziellen Handlungsspielraum geben:** Es braucht mehr Förderprogramme für kommunale nachhaltige Projekte, einen besseren Austausch zwischen der Bundes-, Landes-, und Kommunalebene und konkrete regulatorische Änderungen wie beispielsweise die Ermöglichung einer eigenständigen Aufnahmeanordnung der Kommunen zur Aufnahme geflüchteter Menschen.

## Es braucht endlich eine SDG-Umsetzungsstrategie

Die Umsetzung der SDGs ist staatliche Verantwortung und Aufgabe. Es reicht nicht, dass die Bundesregierung formal „dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung“ in ihrer Politik folgt, wie in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2021 zu lesen ist. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist in ihrer jetzigen Form nicht geeignet, die Agenda 2030 umzusetzen. Stattdessen fordern wir:

- **Eine ambitionierte Umsetzungsstrategie der Agenda 2030 verabschieden:** Diese sollte sich auf die Nachhaltigkeitsstrategie beziehen, jedoch gleichzeitig durch verbindliche Vorgaben für alle Ressorts und eine Fortschrittsmessung politisch deutlich relevanter sein und eine echte Strategie darstellen. Es braucht einen echten Nachhaltigkeitscheck für neue Gesetze, der über formale Kriterien hinausgeht und die Folgen eines Gesetzes umfangreich bewertet.
- **Alle öffentlichen Ausgaben müssen Nachhaltigkeitskriterien erfüllen:** Es sollten nachhaltige Kriterien für die Vergabe von Krisenhilfen und Konjunkturpaketen eingeführt werden, wie auch eine Pflicht zur vertraglichen Fixierung von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Kriterien für die Vergabe öffentlicher Kredite. Klima- oder umweltschädliche Subventionen müssen beendet werden.

Forum Umwelt und Entwicklung

Global Call to Action Against Poverty
People Rising to End Inequalities

agl arbeitsgemeinschaft der eine welt-landesnetzwerke in deutschland e.v.

Herausgeber: Forum Umwelt und Entwicklung, Global Call to Action Against Poverty, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.

Kontakt: info@forumue.de

Stand: Juni 2023